

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **61 (1981)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Kommentare

LIBERALISMUS ALS SCHICKSALSFRAGE

Verlautbarungen zu grundsätzlichen Fragen der Schweizer Politik sind eine Rarität. Allein schon deswegen ist die Schrift bemerkenswert, die *Peter Dürrenmatt* anlässlich seines Rückzugs aus der aktiven Politik veröffentlicht hat¹. Was der Berner Publizist, Politiker und Historiker, der während zwanzig Jahren die Basler Liberalen als Nationalrat in Bern vertreten hatte, in seinem Buch «Sonderfall oder Endstation» darlegt, ist die Summe einer reichen Tätigkeit für das Gemeinwohl. Dürrenmatts Vermächtnis fordert uns auf, in einer Zeit der ununterbrochenen Bewegung eine Pause des Nachdenkens einzuschalten. Obwohl der Autor diesem Nachdenken natürlich gewisse Schlussfolgerungen nahelegen möchte, bleibt ihm der Diskurs wichtiger als der Konsens. Seine Schlussfolgerungen sind weder imperativ noch doktrinär.

Im Zentrum der Ausführungen steht die Frage, ob die Schweiz im sozialistischen Zeitalter ein Sonderfall bleiben werde. Sonderfall nicht als individuelle Besonderheit, denn in diesem Sinne sind die meisten Staaten Sonderfälle. Das Besondere der schweizerischen Besonderheit sei, wie bereits Karl Schmid hervorgehoben hat, die *Gegenläufigkeit*, das heisst die unbewusste Fähigkeit, dem Komplementären ein Ort zu sein, eine Alternative zum herrschenden Zeitgeist – eben eine liberale Gesellschaft in sozialistischer Zeit. Dürrenmatt ruft in

Erinnerung, dass das «Prinzip Freiheit», auf dem die liberale Gesellschaft beruhe, in der Freiheit weder einen Selbstzweck noch einen liberaleren Freipass sehe, die Freiheit sei stets mit dem Gewissenspol der Verantwortung verbunden, sie sei darum auch sozial (ohne freilich die sozialen Verpflichtungen bedenkenlos staatlichen Instanzen überbürden zu wollen) und überdies lebe sie von der schöpferischen Polarität unterschiedlicher Auffassungen.

Die Schweiz – nicht als Staat, sondern als liberale Gesellschaft – steht nun nach Dürrenmatts Auffassung trotz ihrer Grundfähigkeit zum Gegenläufigen im Begriffe, ihre konstitutiven Eigenschaften – den verantwortungsbewussten Freiheitssinn und die schöpferische Gegensätzlichkeit – zu verlieren. Es ist von Wendepunkt, von Krise die Rede. Die im 19. Jahrhundert entwickelte Idee der liberalen Gesellschaft, zunächst noch als lebendiges Erbe ins 20. Jahrhundert mitgenommen, sei in der Ära der nationalsozialistischen Bedrohung zum starren Verteidigungsdogma geronnen und darum den Anforderungen der Hochkonjunktur der sechziger Jahre und der Depression der siebziger Jahre nicht mehr gewachsen gewesen. Der Liberalismus sei aber keineswegs überholt, er sei bloss vernachlässigt worden.

Die Schweiz und der Liberalismus bilden eine Schicksalsgemeinschaft:

Die liberale Idee habe gerade im Lande der Gegenläufigkeit hohe Überlebenschancen, und umgekehrt hänge das Überleben der Schweiz vom Weiterleben des Liberalismus ab. Wenn die Schweiz in die grössere Staatengemeinschaft eingehen wolle, ohne zugleich völlig aufzugehen, müsse sie sich auf ihre Substanz besinnen, und diese Substanz trotz des fortschreitenden Integrierungsprozesses erhalten. Eine stark exportorientierte Wirtschaft und die ebenfalls vom Ausland abhängigen Dienstleistungen der Banken bewirkten einen erheblichen Anpassungsdruck. Der liberal-konservative Warner würde darum aus Rücksicht auf nationale Interessen der Wirtschaft allenfalls gewisse Selbstbeschränkungen zumuten.

Im dogmatischen Sozialismus sieht Dürrenmatt keine Gefahr für die Schweiz, denn ihm gegenüber sei das Volk resistent. Die intellektuellen Sozialisten seien dazu verurteilt, an Ort zu treten. In der Schweiz könne der Sozialismus nur in der Form praktischer Zielstrebigkeit, wie die Gewerkschaften sie betreiben, Einfluss erlangen. Und in dieser Form habe der Sozialismus durchaus Platz im liberalen System. Was den kämpferischen Dürrenmatt beunruhigt, ist das Verblässen oder gar die Selbstauflösung der politischen Rechten: *«Ehemals konservative Parteien schämen sich heute dieses Beiwortes, und ‚Rechtslastigkeit‘ ist zu einem politischen Vorwurf geworden.»*

Die bürgerlichen Gegner der Sozialdemokraten würden nun den Platz der «Mitte» beanspruchen, demnach stünden sich im Bundesrat heute zwei Vertreter der Linken und fünf Vertreter

der Mitte gegenüber. Diese Verschiebung nach links ist allerdings mehr als bloss das Ergebnis eines «taktischen Manövers» der Sozialdemokraten. Bestandene Sozialdemokraten müssen sich angesichts der Vitalität und der Erfolge der Neolinken (die der Autor etwas rasch als Nebenprodukt der Konkordanz abtut) selbst als Mitte vorkommen. Der Linken gegenüber bringt der Autor in seinen Ausführungen nicht dieselbe Differenzierungsbereitschaft auf wie gegenüber den «historischen» Parteien. Dürrenmatt ist hingegen völlig beizupflichten, dass das Hinübergleiten ehemaliger Linksformationen auf die rechte Hälfte des Spektrums und das simultane Auftauchen neuer Gruppierungen auf der linken Seite, wenn es zu schnell erfolgt, einen Spannungsabfall erzeugt und den Verlust der dem Liberalen lebenswichtigen Polarität zur Folge hat. Dürrenmatt signalisiert die Hinnahme eines Übergewichts der Linken und stellt bedauernd fest, dass die Rechte höchstens noch als bremsende, aber rein reaktive Kraft vorhanden sei; es sei uns fremd geworden, dass es auch rechts angesiedelte Konzepte beispielsweise einer Sozial- oder Wirtschaftspolitik geben könnte.

Im heutigen Freisinn erkennt Dürrenmatt einen Verteidiger des liberalen Prinzips und damit einen Kampfgefährten. Der Freisinn habe in ideeller Hinsicht gewonnen, was er an Macht eingebüsst. Die im 19. Jahrhundert vorherrschenden Züge des staatsbezogenen Radikalismus hätten sich zugunsten der ursprünglicheren, toleranteren liberalen Idee abgeschwächt. Sein liberales Profil werde aber durch den Umstand gefährdet, dass er zum einzigen einigermassen

zuverlässigen Rückhalt der freien Wirtschaft geworden sei. Der Freisinn müsse trachten, täglich zwischen einem ideellen Kapital und den materiellen Interessen zu bestehen, die sich seiner zu bemächtigen drohen. Die liberale Idee dürfe nicht als weltanschauliche Dekoration verwendet werden, die man von Fall zu Fall der «harten» Wirklichkeit unterordne: *«Der Freiheitsbegriff des Liberalismus geht vom Prinzip aus, die Freiheit sei unteilbar. Deshalb ist die Freiheit der Wirtschaft nicht die Freiheit schlechthin, sondern ein besonderer, von den jeweiligen existenziellen Situationen des ganzen Landes stark beeinflusster Aspekt der Freiheit. Wenn aber Freiheit als Idee und Freiheit als Wirtschaftsfreiheit auseinanderfallen, so verliert die Freiheit an sich viel von ihrer Glaubwürdigkeit; oft obsiegt dann nicht nur das materielle Interesse, sondern die Opportunität.»*

Der Zusammenbruch der traditionellen Rechten bekümmert den Verfasser aus zwei wahrscheinlich gleichrangigen Motiven: Einmal weil er selbst ein Konservativer und als solcher ein Gegenläufiger unserer Zeit ist. Seine konservative Haltung kommt zum Beispiel in der Frage des UNO-Beitritts deutlich zum Ausdruck, wenn er schreibt: *«Was wir haben, kennen wir; was wir vielleicht bekommen, wissen wir nicht.»* Den Zusammenbruch der Rechten hält er aber auch im allgemeinen für verhängnisvoll, weil dadurch der nötige Gegenpol zur Linken fehlt. Über den Entwurf einer neuen Bundesverfassung lesen wir, *«dass der geistigen Atmosphäre des Reformversuchs der elementare, aber notwendige Gegensatz zwischen links und rechts gefehlt hat, wogegen*

die geltende Verfassung (1848/1874) als geistig-politisches Zeugnis einer Epoche dasteht, deren politische Leistungen gerade auf dem Boden dieser Polarität erkämpft worden sind.»

Dürrenmatt bemängelt, man habe in der Schweiz die Fähigkeit zum inneren freien Gespräch und zur harten geistigen Auseinandersetzung nach 1945 immer mehr verloren. Seine Diskussionsbereitschaft kennt allerdings auch Grenzen: Wie in den dreissiger Jahren Diskussionen mit Anhängern autoritärer Bewegungen sinnlos gewesen, hätten Auseinandersetzungen mit allem, was ausserhalb des demokratischen Systems beheimatet sei, keinen Sinn. Die Begriffe *«extreme Rechte»* und *«extreme Linke»* lehnt er ab, weil politische Gruppen als Partner im freien Spiel der Demokratie dadurch verbal anerkannt würden, obwohl sie dieses abschaffen wollten. Ich frage mich indessen, ob nicht auch der Dialog mit Systemfeinden hüben wie drüben seine Nützlichkeit haben kann. Was ist schöpferische Polarität, was unschöpferische Konfrontation?

Von der *«jungen Generation»* ist am Rande in diesem Buch auch die Rede. Ihr sei das Wort von der nationalen Bedrohung fremd. Sie sehe ihre Existenz von anderer Seite bedroht, paradoxerweise gerade von der Satttheit und Fülle, die zuvor vorbehaltlos bejaht worden sei. Der Ruf, mit ideologischen Systemen, mit Sehnsüchten, Nostalgien und Utopien sei unserer Lage nicht beizukommen, ist richtig und berechtigt. Allein, können die so Angerufenen ihn auch vernehmen?

Peter Dürrenmatt ist überzeugt, dass der Liberalismus nicht überholt und dass er regenerierbar sei. Sein Buch will diese Regeneration herbei-

führen, indem es im bürgerlichen Leser die liberale Zivilcourage wieder-aufleben lässt.

Georg Kreis

¹Peter Dürrenmatt, Sonderfall oder Endstation. Die Schweiz im sozialistischen Zeitalter. Flamberg Verlag, Zürich 1979.

FRAGEZEICHEN STATT BILANZ

Jugoslawien ein Jahr ohne Tito

Täglich kommen sie in Scharen. Junge Mütter mit kleinen Kindern, Bauern und Bäuerinnen, oft in Nationaltracht, ganze Belegschaften aus allen Teilen des Vielvölkerstaates, aus Slovenien, Kroatien, Südserbien. Zum Teil im Rahmen eines organisierten Betriebsausfluges, zum Teil individuell oder in kleinen Gruppen. Manchmal zählt man täglich 15 000, an Sonntagen bei Schönwetter sogar 30 000 Besucher. Alle pilgern zum «*Haus der Blumen*» zum einstigen Wintergarten Marschall Titos, wo sein Grab liegt. Seit Anfang Juni letzten Jahres, als die Gruft in Dedinje, Belgrads Villenvorort, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde, besuchten schätzungsweise weit über drei Millionen Menschen das Grab und das Museum nebenan, in dem alle Geschenke aufbewahrt sind, die Tito während dreieinhalb Jahrzehnten aus der ganzen Welt erhielt.

Seit einem Jahr ist der Gründer des neuen Jugoslawien tot, doch bleibt er in den Schaufenstern der Buchhandlungen, in Geschäften, Büros und Fabrikhallen allgegenwärtig. Seine Bilder hängen, wie seit eh und je, an den Wänden, vielleicht mit dem einzigen Unterschied, dass in vielen Büros die Abbildungen mit Tito als Marschall, Admiral oder in Zivilkleidung als ein

rüstiger Sechzigjähriger nun durch die letzten Photos des greisen Staatsmannes ersetzt werden.

Doch wird auch der Titokult, wenn man sich des zynischen Ausdrucks bedienen darf, eine Dauerbeschäftigung für viele Staats- und Parteibürokraten bleiben. Nur einige Beispiele: In den Schaufenstern sieht man zwar Sammelbände und reich illustrierte Publikationen über die verschiedensten Themen, wie «*Tito und die Luftwaffe*», «*Tito in den Augen der Welt*», «*Die Welt über Tito*» und «*Jugoslawien über Tito*». Trotzdem sind, pünktlich zum ersten Jahrestag, drei neue Bücher erschienen. «*Kinder an Tito*», «*Bürger Jugoslawiens an Tito*» und «*Bürger der Welt an Tito*» – ausgewählte Briefe aus den 400 000 Briefen und Botschaften, die an den Marschall zwischen dem 4. Januar und dem 4. Mai 1980, während seines langdauernden Todeskampfes, geschickt wurden. Dieser Tage werden auch in 15 000 Gemeinden, in Parks, Alleen und Plätzen jeweils 88 Bäume als Ausdruck der Erinnerung und der Liebe gepflanzt. Ein Sondergesetz wird den Verkauf von Gegenständen mit Titos Namen oder Konterfei, die Benennung von Städten und Fabriken nach ihm, regeln.

Unzählige Leitartikel, Erklärungen

und Gedenkreden stellten vor einem Jahr fest, dass mit dem Ableben Titos eine Epoche zu Ende ging. Staatsdelegationen aus nicht weniger als 121 Ländern reisten zu den Trauerfeierlichkeiten nach Belgrad, darunter 38 Staatsoberhäupter, 10 Ministerpräsidenten und 11 Aussenminister. Dass Leonid Breschnew dabei war, aber US-Präsident Carter fehlte, wurde weithin als ein diplomatischer Schnitzer des glücklosen Staatschefs in Washington angesehen; und einige Wochen später durch einen nachträglichen Besuch Carters zum Teil wieder gutgemacht. All das zeigte Jugoslawien und der Welt, wie sehr alle Aktivitäten auf diesen grossen alten Mann ausgerichtet waren, wieweit er als eine symbolische Klammer für den Zusammenhalt der Serben und Kroaten, Slovenen und Mazedonier, bosnischen Muselmanen und Albaner, Montenegriner und Ungarn, Türken und der vielen anderen Volksgruppen diene.

Wer hat die Macht?

Ein Jahr nach dem Ableben des Marschalls, nach dieser Zäsur in der turbulenten Geschichte des Vielvölkerstaates, ist der Schock vergessen. Der Alltag wird nicht durch die politische Problematik der Tito-Nachfolge, sondern in allererster Linie durch die miteinander verbundenen grossen Problemfelder der Wirtschaft und der Entwicklung der Beziehungen zwischen den Nationen und Regionen bestimmt. Wenn man mit den Menschen in Belgrad, Skoplje, Zagreb oder in den kleineren Städten und Dörfern redet, so bekommt der Besucher den

Eindruck einer von vielen Widersprüchen geprägten Übergangsperiode. Einige Streiflichter aus der jüngsten Vergangenheit:

«Eigentlich ging das alles bisher sehr glatt, vielleicht zu glatt. Die Krisen werden aber mit Sicherheit kommen. Vergessen Sie nicht, das nationale Moment ist stärker als alles andere; in dieser Hinsicht hat die Geschichte, auch unsere Geschichte, Marx nicht bestätigt.» So unorthodox und offen sprach ein Mitglied des 23-köpfigen jugoslawischen Parteipräsidiums. Das Hintergrundgespräch, also unter der Bedingung, dass man den Namen des Betreffenden nicht erwähnen darf, fand in diesem Frühjahr im Hauptquartier des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens in Neubelgrad, auf der linken Seite des Save statt.

Unser Gesprächspartner gehört zu jenen Persönlichkeiten an der Spitze der jugoslawischen Sammelpartei, die man im Westen pauschal, wenn auch oft irreführend, als eher «reformfreudig», auf deutsch als aufgeschlossen bezeichnet. Trotzdem meint auch dieses Präsidiumsmitglied, dass das Pendel in der letzten Zeit zu sehr in Richtung der Dezentralisierung ausgeschlagen habe, dass man mehr Kompetenzen für die Bundesbehörden braucht, um die aus den Fugen geratene Wirtschaft wieder unter Kontrolle bringen zu können.

«Wer hat die Macht bei uns? Ihr im Westen glaubt immer, dass das Partei- und Staatspräsidium in Belgrad oder dass die Bundesregierung letzten Endes die Weichen stellen. Andere glauben, die wirklichen Machthaber sind die Bankiers, das heisst, die Direktoren unserer Banken oder der grossen Firmen. Sie wiederum beschwerten sich

über die politische Einmischung und den geringen Spielraum. Also ich frage Sie noch einmal, wer hat überhaupt Macht in Jugoslawien?» Halb ironisch, halb ernst skizzierte eine hochgestellte Beamtin die Frustration, die viele Angehörige der Hochbürokratie jugoslawischer Prägung fühlen.

In einem aufsehenerregenden Interview, das kürzlich in der Belgrader Wochenzeitung «*Student*» erschien, sprach der international anerkannte Nationalökonom Dr. Branko Horvat bittere Wahrheiten über die jugoslawische Wirtschaftspolitik aus. Man könne nicht eine selbstverwaltende Wirtschaft und zugleich eine administrative Superstruktur haben. Horvat wies vorsichtig, doch für jeden Leser verständlich, auf folgenden Widerspruch hin: 1971 sei die national gesinnte Massenbewegung in Kroatien politisch zwar liquidiert worden, ihre wirtschaftspolitischen Forderungen seien aber weitgehend in die Tat umgesetzt worden. Es gebe demnach heute acht verschiedene einkommenspolitische Konzepte in den sechs Republiken und zwei autonomen Provinzen. Die Republiken betrachten einander laut Horvat praktisch als Ausland, die Tendenzen zur Autarkie gewinnen die Oberhand, die Bürokraten benehmen sich als Kontrolleure und zugleich Vertreter der republikanischen Wirtschaft gegenüber dem Bund.

Fehlende Sanierung

Angesichts einer vierzigprozentigen Inflationsrate, der wachsenden Verschuldung, die bereits über 17 Milliarden Dollar beträgt, und der Verknappungen und Versorgungslücken (Öl,

Kaffee, Waschmittel, Medikamente usw.), die hierzulande seit den frühen fünfziger Jahren unbekannt waren, geht es bei den Diskussionen der Wirtschaftswissenschaftler und der Politiker um Sachen, die in dieser oder jener Form jeden Bürger angehen. Im vergangenen Jahr fielen die Reallöhne und Verdienste je nach Berechnungsgrundlage um acht bis zehn Prozent. Unter dem System der miteinander konkurrierenden und von Arbeiterräten verwalteten Unternehmungen kann aber niemand für die Malaise wirklich verantwortlich gemacht werden bzw. die Personen und Gruppen, die auf den verschiedenen Ebenen verantwortlich sind, können jederzeit die Schuld auf andere schieben. Das gilt für die Fabrikdirektoren und die Belegschaften der Firmen, die die Knappheit ausnützen und ihre Preise sprunghaft erhöhen, ebenso wie für die Bankdirektoren, Minister, Abgeordnete und erst recht für die Parteifunktionäre.

Bauen, bauen und nochmals bauen, diese Devise prägte nicht nur die Expansion der grösseren Städte, wie Belgrad, Skoplje oder Pristina, die Errichtung von Appartementhochhäuser und aufwendigen Einkaufs-, Kultur- und Kongresszentren, sondern auch die ganze Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahrzehnte. Dank enormen Investitionen erreichte Jugoslawien in den letzten drei Jahrzehnten mit 6,2 Prozent eine der höchsten Wachstumsraten der Welt. Zugleich entstanden aber auch in jeder Region des Vielvölkerstaates unrentable Stahl-, Textil- und petrochemische Werke.

Die Kluft zwischen den objektiven Möglichkeiten der Volkswirtschaft und den Konsumansprüchen der Be-

völkerung einerseits und dem oft der Geltungssucht entsprungenen Industrialisierungsdrang der Regionen andererseits konnte nur zeitweilig durch Importe und Auslandskredite über-tüncht werden. Trotz der Abwertung des Dinars Anfang Juni 1980 um über 30 Prozent und der allgemeinen Anerkennung der Notwendigkeit eines grossangelegten drastischen Sanie-rungskonzeptes zeichnet sich zur Stunde noch keine Wende ab.

Der mazedonische Politiker Alexander Grlickow – für Auslandsbeziehungen zuständiges Präsidiumsmitglied – plädierte in einem Zeitungsinterview für einen Dialog, für einen Pluralismus der Ideen, für Offenheit, da Jugoslawien «denkende und kluge Köpfe» brauche. Es fragt sich allerdings, ob die allein in den letzten drei Jahren um 400 000 neue Mitglieder auf zwei Millionen angewachsene Staatspartei gerade in den wichtigsten Nervenzentren und auf der Ebene der Entscheidungs-bildung von den besten und fähigsten Politikern geleitet wird. Der Anteil der jüngeren (bis 27 Jahre) erhöhte sich von 21 Prozent im Jahre 1970 auf 35 Prozent der Mitgliedschaft. Zugleich beträgt aber das Durchschnittsalter der acht Mitglieder des Staatspräsidiums 65 Jahre. Im Parteipräsidium sitzen allerdings auch jüngere Leute, so dass der Altersdurchschnitt dieses Gremiums mit 55 Jahren deutlich niedriger ist. Alle Kompetenzen Titos als Präsident und Oberbefehlshaber der Streitkräfte gingen auf das Staatspräsidium über, wobei der Vorsitzende in Vertretung seiner Republik beziehungsweise autonomen Provinz jeweils nur für die Dauer eines Jahres amtiert. Auch der Vorsitzende des Parteipräsidiums hat nur

ein einjähriges Mandat. Lang und breit wird jetzt diskutiert, ob die Ministerpräsidenten und Minister auf Bundesbeziehungsweise Republikenebene nach zwei beziehungsweise vier Jahren abgelöst werden sollen.

Vielleicht nichts hat die Spitzenfunktionäre so erzürnt wie ein Interview des Soziologen Ljubomir Tadič mit der Wiener links-marxistischen Zeitschrift «Tagebuch», in dem er Jugoslawien als eine «Diktatur ohne Diktator» bezeichnete. Die Leute an der Spitze seien bloss Adepten und Epigonen des grossen Führers, sie zehrten von Titos Nimbus, sagte Tadič. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen mit den sieben Professoren der Belgrader Universität, die nach der gleichnamigen und vor einigen Jahren geknebelten Zagreber Zeitschrift allgemein als «Praxis-Gruppe» bekannt sind, und zu denen auch Tadič gehört, schien sich im Frühjahr eine gewisse Entkrampfung abzuzeichnen. Durch Sondergesetze erzwangen die Machthaber die Entlassung der angesehenen Wissenschaftler, doch versuchen in der letzten Zeit manche serbischen Spitzenfunktionäre einen Kompromiss zu finden, bei dem beide Seiten das Gesicht wahren können.

«Kosovo» und danach

Es fragt sich allerdings nach den jüngsten Unruhen in Kosovo, ob die zaghaften Schritte zur innenpolitischen Entspannung nicht jäh abgestoppt werden. Früher als erwartet erwies sich nämlich die zügellose Inflation samt wachsender Arbeitslosigkeit als die Lunte, die das Pulverfass der nationalen Streitigkeiten über Nacht zu

entzünden vermag. Die kurz- und mittelfristigen Auswirkungen jener Unruhen in der autonomen Provinz Kosovo, deren wirkliches Ausmass selbst zur Stunde der Abfassung dieses Aufsatzes noch nicht bekannt ist, werden nämlich höchstwahrscheinlich die Hand der Verfechter der «Ruhe und Ordnung», der Dogmatiker, der Parteibürokraten mit ideologischen Scheuklappen, kurz jene Kräfte stärken, die die vielfältigen Probleme mit den berühmten-berühmten administrativen Mitteln «lösen», in Wirklichkeit freilich nur unter den Teppich der Diktatur kehren möchten.

In einer solchen Situation ist es schwierig, mehr Pressefreiheit zu gewähren, die private Landwirtschaft durch Vergrösserung des seit 1953 auf zehn Hektar festgelegten Landbesitzes zu fördern und den zurückkehrenden Gastarbeitern aus dem Westen echte Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten.

Auf Schritt und Tritt trifft der Besucher Serben und Kroaten, Albaner und Bosniaken, die für kürzere oder längere Zeit in Österreich, Deutschland, Schweden oder in der Schweiz gearbeitet haben. Manche konnten Restaurants, Cafés, Bäckereien, Auto-reparaturwerkstätten und Speditionsunternehmen gründen. Andere beschwerten sich über die Zollvorschriften bei der Einfuhr von Maschinen und über die Belästigungen durch die örtlichen Finanzbehörden. In den letzten Jahren kehrten etwa 400 000 Arbeiter zurück. Derzeit schätzt man die Zahl der Gastarbeiter im Ausland auf 670 000, samt Familienmitglieder beträgt ihre Zahl 1,1 Millionen. Ihre Überweisungen sind nach wie vor eine Stütze der Zahlungsbilanz. Ihre Rückkehr trägt zur Erhöhung der ohnehin

massiven Arbeitslosigkeit (über 700 000) bei.

Freilich sind diese Angaben deshalb irreführend, weil es sich in erster Linie um Arbeitssuchende aus dörflichen Regionen in den überfüllten Grossstädten handelt. Der grosse alte Mann Kroatiens, der kränkelnde Dr. Vladimir Bakarič, sprach die Tatsache offen aus, dass es in Wirklichkeit um die fehlende Mobilität der Beschäftigten, um die Änderungen der Bevölkerungsstruktur und das Aufkommen der neuen Generation geht. Wenn man bedenkt, dass in Jugoslawien derzeit etwa 450 000 Studenten (bei einer Gesamtbevölkerung von 22,4 Millionen) registriert sind, ist es verständlich, dass die Erbitterung in den Reihen eines überdimensionierten «akademischen Proletariats», ebenso wie im Westen, auch in Jugoslawien wächst. Dass zum Beispiel an der Universität von Pristina, in der Hauptstadt der autonomen Provinz Kosovo, die Zahl der Studenten zweimal grösser ist als die aller Studenten im Vorkriegsjugoslawien, dass es in der Provinz mehr Studenten gibt als in Slovenien mit einer grösseren Bevölkerung und die gleiche Zahl von Mittelschülern und dass zugleich in Kosovo nur jeder zehnte Erwachsene im Arbeitsverhältnis steht, all das erklärt die nunmehr zugegebene Tatsache, dass die eigentlichen Initiatoren und Wortführer der Demonstrationen Studenten und Mittelschüler waren.

Vielvölkerstaat

Es gelang der Partei nicht, ein gesamtjugoslawisches Bewusstsein zu wecken, im Gegenteil, man beobach-

tet – und keineswegs nur unter den Albanern – ein verstärktes nationales Selbstbewusstsein. Deshalb erwartet man auch mit Spannung die Resultate der zwischen 1. und 15. April abgehaltenen Volkszählung, die einen Aufschluss über die zahlenmässige Stärke der einzelnen Volksgruppen geben soll. Zum ersten Mal kann die Frage nach dem Nationalitätenbekenntnis unbeantwortet bleiben. Angesichts der nach wie vor bestehenden grossen Unterschiede in der Geburtenrate zwischen dem Norden und dem Süden kann man mit einer weiteren Verschiebung zugunsten der Albaner (1971 1,3 Millionen oder 6,4 Prozent der Gesamtbevölkerung) und jenen Muslimen in Bosnien und Südserbien rechnen, die sich als eine eigene Nation und nicht nur als eine Religionsgemeinschaft bezeichnen können. Das bedeutet in der Provinz Kosovo ein erdrückendes Übergewicht der Albaner, die noch durch die beschleunigte Abwanderung der Serben und Montenegriner (sie sprechen selbst immer häufiger von einer «Kluft») akzentuiert wird und in Bosnien das weitere Vordringen der Moslems zu ungunsten der Serben (37 Prozent) und vor allem der Kroaten (bisher knapp 21 Prozent).

Statistiken in Vielvölkerstaaten enthalten immer einen Sprengsatz. Nehmen wir zum Beispiel die Angaben, wonach die Bevölkerung der unterentwickelten Gebiete, das heisst Bosnien, Montenegro, Mazedonien und Kosovo, zwischen 1947 und 1980 von 30,3 auf 37,4 Prozent der Gesamteinwohnerzahl Jugoslawiens anstieg. In der gleichen Zeit fiel aber der Anteil dieser Region am Sozialprodukt von 23,4 Prozent auf 21,6 Prozent. Immer

mehr Menschen in den ärmeren Gebieten tragen immer weniger zum Sozialprodukt bei. Noch eindrucksvoller sind die Ziffern über das Pro-Kopf-Sozialprodukt. Im Jahre 1947 war der Unterschied zwischen Nord und Süd 23 Prozent, jetzt beträgt das Entwicklungsgefälle 40 Prozent. Trotz enormer Investitionen durch innerjugoslawische Entwicklungshilfe ist das Pro-Kopf-Sozialprodukt in der Provinz Kosovo mit 770 Dollar weniger als ein Drittel des jugoslawischen Durchschnitts (2500) und bloss ein Siebentel der Vergleichsziffern für Slovenien.

Deshalb gingen die jungen Albaner auch mit Schlagworten gegen die «Ausbeutung» ihrer Provinz auf die Strasse. Weniger spricht man dann freilich darüber, dass die Slovenen mit acht Prozent Bevölkerungsanteil 16,5 Prozent des jugoslawischen Nationalproduktes aufbringen. Trotz einer innerjugoslawischen Entwicklungshilfe in der Höhe von über sieben Milliarden Dollar in den nächsten fünf Jahren kann man keine spürbare Verbesserung erwarten. Als Antwort auf die jüngsten albanischen Vorwürfe aus Tirana an die Adresse Serbiens und Jugoslawiens brachte kürzlich die Belgrader «Politika» auf ihrer Titelseite eine Karikatur: Ein Häftling in gestreifter Anstaltskleidung steht auf einem Hocker und schreit über den Zaun: «Vorwärts! Für Freiheit und Demokratie!» Mit anderen Worten, die Albaner Jugoslawiens sollten bedenken, dass im Mutterland nach wie vor eine der härtesten Diktaturen regiert.

Freilich: Der Nationalismus kann nie mit rationellen Wirtschaftsargumenten und Hinweisen erklärt, beziehungsweise entkräftet werden. Dazu

kommt noch die bittere Wahrheit, dass, wie so oft in der jugoslawischen Geschichte, alle Seiten, die Geber und die Nehmer wenn auch aus diametral entgegengesetzten Gründen subjektiv recht haben.

Nach den monatelangen Unruhen in Kosovo, deren wirkliche Dimensionen erst heute zugegeben werden, nach dem bereits zum Beispiel in Kroatien früher eingesetzten Kesseltreiben gegen die katholische Kirche und der Serie von Prozessen gegen nationalgesinnte (aber nicht separatistische) Intellektuelle in Zagreb, nach dem bisher erfolglosen Kampf gegen die Inflation, bleiben zu viele Fragezeichen, Befürchtungen und Sprengsätze um von einem völlig reibungslosen Übergang von der Ära einer charismatischen Führungs-

persönlichkeit zur kollektiven Führung reden zu können. Die Mitglieder der für den Durchschnittsjugoslawen eher «gesichtslosen» kollektiven Führung können nur so weit agieren, wie es ihnen ihre Hausmacht in ihren Heimatrepubliken und Provinzen erlaubt. Die internationale Lage, namentlich das Engagement der Sowjetunion in Afghanistan und sodann die langanhaltende Krise in Polen, hat sich bis vor kurzem als eine relative Stütze für Jugoslawiens insofern erwiesen, als der Krenml vollauf mit anderen Problemen beschäftigt gewesen ist. Mit den früher als erwartet ausgebrochenen nationalen Zwistigkeiten könnte aber auch die internationale Stellung Jugoslawiens negativ beeinträchtigt werden.

Paul Lendvai

DER WECHSEL IN FRANKREICH

«Un programme politique est à la fois la pire et la meilleure des choses.»

François Mitterrand

Der politics-fiction-Autor, der sich im vergangenen Herbst erküht hätte, Frankreich in der Situation zu schildern, wie sie sich dann sieben Monate später in voller Wirklichkeit darbot, hätte keinen Verleger gefunden. Die antizipierte Machtübernahme der Linken, die sich noch 1977 bestens verkaufte, wäre ihm als abgestanden und marktwidrig angekreidet worden. Einen solchen Wechsel zudem noch mit Mitterrand als Hauptakteur und neuem Staatschef ins Auge zu fassen, hätte ihm vollends jede Chance genommen. Hätte er sich gar noch das

Kabinett Mauroy einfallen lassen, Frankreichs neue Linksregierung, wie sich diese am 22. Mai präsentierte, mit ihren 43 Ministern, mit der vollversammelten «sozialistischen Familie» nebst ein paar Randfiguren, mit einem Michel Jobert, dem Kritiker der «Farce von Helsinki» und einem J.-P. Chevènement, für den «die Achse der französischen Sicherheit durch Moskau geht», mit der zierlichen Edith Cresson an der Spitze des Landwirtschaftsministeriums und mit dem Chef des mächtigen, für seine korporatistische Interessenverfechtung bekannten

Lehrersyndikats F.E.N., André Henry, als . . . Minister für Freizeit – unser Manuskriptverfasser wäre wohl mit dem Verweis «*Sie haben nicht nur eine krankhafte Phantasie, sondern auch noch einen zweifelhaften Sinn für Humor*» zum Vorzimmer des Verlagshauses hinauskomplimentiert worden.

So ist das, was Frankreich derzeit der Weltöffentlichkeit darbietet, wieder einmal ein Szenenwechsel grossen Stils, der sich würdig unter die spektakulärsten Ereignisse der letzten Jahrzehnte einreihet. Seit de Gaulles Machtübernahme 1958, gefolgt von den aufregenden Putschsituationen von 1961/62 im Zusammenhang mit dem Algeriendrama, dann seit der denkwürdigen «*Theaterrevolution*» vom Mai 1968, hat der Beobachter kein Revirement von solcher Bühnenwirkung mehr erlebt. In seiner Dimension ist der Umschwung dem von 1958 vergleichbar, zudem sind zu jener Epoche besonders frappante Parallelen – manchmal mit umgekehrten Vorzeichen – festzustellen. Es kam dazu, dass man in letzter Zeit in Mitterrand geradezu einen «*neuen de Gaulle*» erblickte. Er selber präsentierte sich gerne ein wenig in dieser Rolle. Er berief sich zum Beispiel auf den General, um gewisse seiner politischen Postulate zu «*verharmlosen*», so die Verstaatlichungen von Industriefirmen und die Aufnahme von Kommunisten in die Regierung. In beiden Angelegenheiten war ja de Gaulle mit dem Beispiel vorangegangen. Zudem rief Mitterrand mit de Gaulleschen Ausdrücken zum «*nationalen Redressement*» und zum «*Rassemblement*», zur Sammlung weitester Volkskreise auf. Ja noch weiteres sollte bald vergleichbar werden: Mitterrand schickte sich

an, eine neue politische Grundwelle auszulösen, seiner sozialistischen Partei eine dominierende Rolle zuzuweisen und damit die wahlpolitische Landschaft so radikal umzugestalten, wie es seit dem Aufschwung des Parteigaullismus nach de Gaulles Machtübernahme nicht mehr vorgekommen war.

Und doch, wenn Mitterrand als «*neuer de Gaulle*» in Szene ging, konnte man sich nur sagen: ein starkes Stück! Niemand hatte den General ab 1958 konsequenter bekämpft als er. Er hatte sich – zusammen mit Mendès-France und einigen wenigen anderen Parlamentariern – geweigert, dem putschartig an die Macht aufrückenden «*Einsiedler von Colombey*» die Republik auszuliefern. In der Folge widersetzte er sich der Umkrempelung der staatlichen Einrichtungen, die, wie er als einer der ersten feststellte, praktisch zur Errichtung einer Wahlmonarchie führte. «*Der permanente Staatsstreich*» hiess das Buch, in dem er 1964 de Gaulles Vorgehen schilderte. Unbarmherzig geisselte er des Generals Regimekonzept als «*System der persönlichen Macht*», das zur Diktatur neigt, brandmarkte er die Tendenz zur «*napoleonischen Verhärtung*» und zum Polizeiregime.

Und in diese Institutionen nimmt Mitterrand nach zwei Jahrzehnten Einsitz. Wohl gemerkt mit dem sachlich und selbstverständlich klingenden Hinweis, dass er die dem Staatschef zustehenden Befugnisse voll auszuschöpfen gedenke. Gewiss wird sich Mitterrand bemühen, in einem demokratischeren Stil zu regieren als de Gaulle und dessen Nachfolger Pompidou und Giscard d'Estaing, doch ist von der Rückkehr zu einer Republik

traditionelleren Mustern und von einer «Abschaffung der Wahlmonarchie» nicht die Rede.

Das sind historische Wendungen von ungewöhnlichem Kolorit, die auch eine gehörige Dosis Ironie enthalten und sich sozusagen am Rande der Glaubwürdigkeit bewegen. Dieser Eindruck verstärkt sich noch, wenn man sich vergegenwärtigt, von wo Mitterrand ausgegangen war, an welchem Tiefpunkt er und seine sozialistische Partei sich noch vor einigen Monaten befanden. Gewiss, Mitterrand hatte ab 1971 die Sozialistische Partei erneuert, auf einen entschiedenen Linkskurs festgelegt und zu einer der stärksten politischen Gruppierungen Frankreichs gemacht. Aber seit dem Zerfall der «Volksfront» im September 1977, seit dem Zerwürfnis mit der Kommunistischen Partei, seit mehreren zermürbenden «Beinahe-Siegen» war Mitterrands «Linksstrategie» gleichsam schachmatt gesetzt, befand sich die Sozialistische Partei in einer Sackgasse, in der sie Niedergang und Zerfall riskierte. Der französische Sozialismus, dessen Aufblühen anfangs der siebziger Jahre teilweise noch den revolutionären Strömungen von 1968 zu verdanken war, zeigte aufgrund verschiedener Einwirkungen ohnehin Symptome tiefer Verunsicherung. Die aus dem Osten eingetroffenen Dissidenten, die Ereignisse in Indochina und in Afghanistan hatten die französische Linke geradezu schockartig beeindruckt. Die jahrzehntelang gepflegte Verniedlichung der Sowjetunion und Idealisierung der sozialistischen Systeme machte einer realistischeren Anschauung Platz, und den seit 1968 ebenfalls allzu lange geltenden Denkmoden des Gauchismus hat-

ten die «Neuen Philosophen» als wahre Bilderstürmer ein Ende gemacht. Kurz, es war in Frankreich, wie in verschiedenen anderen Ländern, eher ein Rechtstrend festzustellen. Und als die Linke im März 1978 nach lebhaftesten Siegeshoffnungen einmal mehr die Wahlen verlor (Parlamentswahlen) und Giscard in neuem Prestige erstrahlte, lag Mitterrands Partei in einer ausgesprochenen Talsohle. Gewisse Werte schienen auf den Nullpunkt abgesunken: Der angesehene Linksintellektuelle und Soziologe Alain Touraine schrieb im April 1979 ein Buch «*Mort d'une gauche*», womit die «Vereinte Linke» gemeint war, und bald darauf auch noch ein Werk «*L'après-socialisme*», das mit dem Satz begann: «*Der Sozialismus ist tot.*» Einige linksgerichtete Schriftsteller scheuten sich nicht, Mitterrand persönlich anzufechten und in Zeitungs-glossen das zu schreiben, was andere nur dachten: Mitterrand ist erledigt, er sollte sich ins Privatleben zurückziehen.

Dies klang um so unheimlicher, als sich die Frage der sozialistischen Kandidatur für die kommenden Präsidentschaftswahlen zu stellen begann. In den Meinungsumfragen figurierte Mitterrand noch im November 1980 in bedenklicher Tieflage, und wer allenfalls mit einigen bescheidenen Aussichten gegen Giscard ins Feld geschickt werden konnte, war Michel Rocard, Vertreter einer gemäßigten Untergruppe der Sozialistischen Partei. Man weiss heute, dass Mitterrand damals selbst nicht an seine Chancen glaubte. Doch fühlte er sich von Rocard, der etwas vorschnell seine Kandidatur anmeldete, herausgefordert, ferner hatte ihn ein anderer prominenter

ter Parteigenosse, Edgar Pisani, mit der Forderung verletzt, er solle die Bahn freigeben. Man begreift Mitterrands Reaktion gegen die Anmassung, ihn vorzeitig «begraben» zu wollen: sein Entschluss zur Kandidatur war nun gefasst. Er konnte nur noch hoffen – oder sich von seinem politischen Instinkt sagen lassen –, dass Giscard's Position möglicherweise ungeahnt unterhöhlt war, dass eine Abwendung vom amtierenden Staatschef einsetzen könnte, je näher die Wahlkampagne rückte und dass schliesslich die Perspektive «14 Jahre Giscard» den Theatercoup seiner Verabschiedung auslösen würde. Merkwürdige Hoffnungsschimmer in der Hoffnungslosigkeit: Zu jener Zeit veröffentlichte der linksgerichtete Politologe Hugues Portelli eine Analyse der französischen Sozialistischen Partei, die kein sehr optimistisches Bild vermittelte und die diese Partei als «*das schwächste Glied des französischen politischen Systems*» bezeichnete, um dann jedoch in die – heute prophetisch anmutende – Schlussfolgerung auszumünden, die SP könnte sich höchstens noch durch einen unverhofften Wahlerfolg in die Zukunft hinüberretten, dann aber, im Fall einer unvermuteten Eroberung des Präsidialamtes, könne sie allerdings mit einem Aufschwung wie seinerzeit der Gaullismus rechnen.

Wenn man de Gaulles Schriften der dreissiger Jahre las, in denen er von den taktischen Künsten des «Chefs» mit ihren Überraschungscoups, Finten und Vernebelungen handelte, wusste man nie recht, ob von einem militärischen oder politischen Führer die Rede war – wie man sehen sollte, kam dies aufs gleiche heraus. Es ist unmöglich, nicht auch hier eine Parallele

zwischen dem General und Mitterrand zu sehen – in der imposanten taktischen Virtuosität, die beide Staatsmänner auszeichnet. Wenn de Gaulle Frankreich mit seiner Einführung der «*Wahlmonarchie*» förmlich überlistete, so bewies auch Mitterrand ein beachtliches Manöver- und Verschleierungstalent, gepaart allerdings mit einer eindrucklichen Beharrlichkeit und Zielkonstanz. Die Technik bestand letzten Endes darin, die «*Strategie des Bruches*» (mit dem Kapitalismus) für eine grössere Klientenschaft glaubhaft zu erhalten – womit auch der Brückenschlag zu den Kommunisten bestehen blieb – während andererseits durch genügend beruhigende Versicherungen ein solcher Bruch mit dem Gesellschaftssystem für andere Volks- und Wählerschichten nicht unbedingt in Aussicht stand. So wusste der Wähler, der am 10. Mai für Mitterrand stimmte, buchstäblich nicht, für was für ein Programm und was für eine Regierung er sich aussprach, um so mehr als dies laut Mitterrand noch von den nachfolgenden Parlamentswahlen abhängig war. Bereits im Vorfeld der Präsidentschaftskampagne begannen prominente sozialistische Sprecher – so Gaston Defferre – zu erklären, ein «*Gesellschaftswechsel*» sei nicht geplant, während vordem das «*changement de société*» jahrelang mit Inbrunst proklamiert worden war. In einer attraktiven Werbeschrift der SP von 1977 war zum Beispiel auf Seite 1 unter Punkt 1 zu lesen: «*Existenzberechtigung der SP: Entscheid für ein anderes wirtschaftliches und politisches System und Kampf für den Gesellschaftswechsel*» (*combat pour changer la société*). In Wirklichkeit trat François Mitterrand seine Reise

ins Elysée mit einem Koffer mit Doppelboden – genauer: mit drei oder vier Böden an.

Es überlagerten sich in seinem Gepäck das «*programme commun*» der Linksunion von 1972, das sozialistische Programm «*Changer la vie*» vom gleichen Jahr, das «*projet socialiste*» vom Januar 1980 und schliesslich die knapper gefassten, gemässigten Programmvorschlüsse Mitterrands für seine Präsidentschaftskampagne. Das im Auftrag Mitterrands von J.-P. Chevènement verfasste «*projet socialiste*», das bei seiner Veröffentlichung eine auffallend schlechte Presse hatte und selbst von einer Linksprominenz wie dem Politologen Maurice Duverger scharf kritisiert und als «*ideologisches Festival*» bezeichnet wurde, nahm auf die früheren Texte Bezug und ersetzte (so Mitterrands Vorwort) weder das «*programme commun*» noch das sozialistische Programm von 1972. Kurz vor der Wahl vom 10. Mai kam es zu einem Zwischenfall. Als Giscard d'Estaing seinen Konkurrenten Mitterrand bei zehn etwas umwälzenden Postulaten des «*projet socialiste*» behaftete, wurde er von Mitterrand der zehnfachen Lüge bezichtigt. Was gelte – so erfuhr man jetzt etwas spät – seien nur Mitterrands persönliche Programmvorschlüsse. Bedeutend mehr Klarheit hätte der Sozialistenführer – auch für die nachfolgenden Parlamentswahlen – schaffen können, wenn er das «*projet socialiste*» ausser Kurs gesetzt hätte. Aber konnte er dieses Programm, für das er sich noch im April «*vorbehaltslos engagiert*» hatte – konnte er den «*Lebenszweck*» seiner Partei widerrufen?

Mitterrands Taktik mag unterschiedlich beurteilt werden. Im Grun-

de kann man ihm über sein Vorgehen, das sich einwandfrei an die demokratischen Spielregeln und erst recht an die Legalität hielt, keine Vorwürfe machen. In gewissem Sinn zahlte er de Gaulle mit gleicher Münze zurück: Mit Raffinement verstand er es, das «*blockierte System*» zu sprengen, in dem Frankreich befangen war, und so schenkte er der französischen Demokratie ein kostbares Gut wieder – die Alternative.

Nur eine Feststellung drängt sich hier beiläufig auf. Wenn man bisher von Frankreichs grössten Staatsmännern der modernen Geschichte sprach, erwähnte man üblicherweise neben de Gaulle Pierre Mendès-France. Soll man nach dem Meisterstück, das Mitterrand vollbrachte, die Hierarchie ändern und Mitterrand de Gaulle gleichsetzen? Sicher ist eines: Mendès-France hätte das, was Mitterrand leistete, nicht vermocht. Mendès-France, diese Verkörperung der Verbindung von Politik und Moral, dieser für die absolute Klarheit seiner Demarche und rigorose Präzision seiner Engagements berühmt gewordene Staatsmann, wäre zu einer historischen Aktion im mitterrandschen Stil unfähig gewesen. (Die Ehrlichkeit eines Mendès-France währte «*Siebzehn Monate und siebzehn Tage*», wie der Titel eines seiner Bücher über seine Regierungszeit lautete.) Doch eine solche Überlegung interessiert höchstens einen etwas philosophisch veranlagten Betrachter in der politischen Landschaft Galliens . . .

Die Art, wie sich die Dinge abspielten, führt nun aber dazu, dass man sich heute wieder in einer ähnlich spekulativen Situation befindet wie 1958. Was de Gaulle tun würde, wusste man

damals nicht. Er war zur Bewahrung Französisch-Algeriens an die Macht gebracht worden, von Elementen, die Zeitungen wie «*Le Monde*» veranlassten, jeden Tag vor dem «*Faschismus*» zu warnen. Andere Zeitgenossen hofften zuversichtlich, de Gaulle werde schliesslich Algerien der Entkolonisierung entgegenführen. Heute warnen Mitterrands Gegner vor dem «*Kollektivismus*», während weite Kreise hoffen, so etwas sei nicht zu gewärtigen. Die «*Logiker*» von 1958 täuschten sich: es gab keine Zwangsläufigkeit, die ins faschistische Abenteuer führte. Wo die Logik heute liegt, weiss man nicht. Die kollektivistischen Tendenzen sind in der Staatsführung vertreten, flankiert zweifellos von massgebenden Gegenkräften. Die kollektivistische Komponente würde natürlich durch den Eintritt von Kommunisten in die Mitterrand-Regierung verstärkt. Der Gaullistenführer Jacques Chirac ging bereits zu Beginn der Kampagne für die Parlamentswahlen «*die Wette ein*», dass Mitterrand auch in dieser wichtigen Frage bis nach den Wahlen keinen klaren Wein einschenken werde. Die kommunistische Regierungsbeteiligung ergäbe sich indes höchst folgerichtig aus Mitterrands zehnjähriger Strategie. Nur der sozialistisch-kommunistische Streit der letzten Jahre, die Verhärtung der KP-Führung unter Georges Marchais und deren fast völlige Ausrichtung auf Moskau verunmöglichten bisher eine Wiederannäherung zwischen den ehemaligen Linkspartnern und den Abschluss eines Regierungspaktes. Der Aufschub dauert vielleicht nicht lange; die massive Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Sozialisten würde es Mitterrand erlauben, der KP

nur einige wenige und untergeordnete Ministerposten einzuräumen.

Die Unklarheit, die wohl unmittelbar die grössten Bedenken erweckt, betrifft die wirtschaftlichen Perspektiven. Frankreich wurde unter der Ägide Giscard/Barre als eine in den ersten Rängen figurierende, respektgebende wirtschaftliche Grossmacht verwaltet, gestützt auf eine höchst seriöse Arbeiterschaft und ein Unternehmertum, das wie nie zuvor sich auf Welt-offenheit und Behauptungswillen im Konkurrenzkampf eingestellt hatte. Was unter sozialistischer Führung zu befürchten ist, ist die Erschlaffung der Muskeln, die sich eben zu stählen begannen, das Aufgeben mitten im Rennen, die Flucht in diffuse Hoffnungen und die Euphorie inmitten plötzlich möglich gewordener «*Geldverteilungen*», gefolgt vom Sichgehenlassen und Ableiten in eine Sicherheits-, Unterstützungs- und Protektionswirtschaft. Mitterrands Ökonomen – so etwa ein Jacques Delors – erkennen zwar sichtlich diese Gefahr, und sie gingen bisher so solide und seriös vor, wie es unter den gegebenen Umständen nur möglich war, während sich die Gewerkschaften einer eindrucksvollen Zurückhaltung befleissigten, um der Linksregierung eine Chance zu geben.

Ungewissheit bleibt jedoch im wirtschaftlichen wie im politischen Bereich das vorherrschende Merkmal der Mitterrandschen Startposition. Ein noch grösseres Fragezeichen bildet die Kursrichtung auf fernere Sicht. Wohin steuert Mitterrand? Im Jahre 1977 stellte er einem zu Gaston Defferres Buch «*Si demain la gauche . . .*» verfassten Vorwort den Satz voran: «*Ein politisches Programm ist gleichzeitig die schlechteste und die beste Sache.*»

Offenbar ist ein Programm gut, wenn es einem voranhilft, und schlecht, wenn es einen hemmt. Mitterrand erklärt es etwas anders: Positiv ist das Programm als demokratische Verpflichtung, negativ ist es in der Ein-

schränkung der Handlungsfreiheit, denn, so präzisiert er: «*Je crois aux vertus de l'improvisation.*» Möge ihn die Improvisation auf die richtige Spur führen.

Hans Ulrich Meier

ROLLENWANDEL DER JAPANERIN

Bis vor kurzem stellte Japan für viele Ausländer eine rätselhafte Nation dar. So beispielhaft dieser Staat in seiner wirtschaftlichen Fortschrittlichkeit war, so widersprüchlich schien er in seinen im Konservatismus verhafteten gesellschaftlichen Strukturen. Es liegt hauptsächlich daran, dass die Modernisierung der kulturellen Werte in Japan erst spät in unserem Jahrhundert eingesetzt hat. Politisch gesehen nahm die Modernisierung zwar ihren Anfang bereits 1868 mit der Meji-Restauration. Die Reform in gesellschaftlichen Bereichen blieb jedoch aus, da Japan von einer kaiserlichen Regierung weitergeführt wurde, die die alten Zivilgesetze beibehielt und also auf der traditionellen, ungleichen Rollenverteilung von Mann und Frau beharrte. Das Ende des alten Feudal-systems und der Beginn der Modernisierung liegen daher in Wirklichkeit nur etwa dreissig Jahre zurück. Erst mit der Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg und dem darauffolgenden Regierungswechsel setzte ein Prozess ein, in dem die Ideale der Menschenrechte und der Gleichberechtigung der Frau erstmals ihre Berücksichtigung fanden. Seither hat sich in Japan in kurzer Zeit ein tiefgreifender Wandel vollzogen, indem nicht nur ein zerstörtes Land zu einer führenden Indu-

striation aufstieg, sondern auch ein Volk mit alter, unabhängiger Tradition sich in starkem Masse der modernen Welt öffnete und anpasste.

Die heutige Eigenart der japanischen Gesellschaft basiert auf zwei Hauptmerkmalen: der Vorherrschaft der Männer und der Klassenlosigkeit. Die Vormachtstellung der Männer, die sich im öffentlichen Leben stark bemerkbar macht, gibt ausländischen Japankennern immer wieder Grund zur Verwunderung. Obwohl die Hälfte des Volkes aus Frauen besteht, hat der Ausländer Zweifel an ihrer wirklichen Existenz: «Ich kann kaum eine Frau sehen! Betritt ein weibliches Wesen den Konferenzsaal, so nur um den Tee zu servieren und dann gleich wieder davonzuhuschen; und wann immer Botschaften oder ausländische Gesellschaften einen Anlass haben, lassen sich die japanischen Ehefrauen wegen einer Erkältung entschuldigen!» Dieses Zitat steht für viele.

Der Grund für dieses Phänomen liegt darin, dass die Japaner seit jeher mit einem tiefverwurzelten Begriff der geschlechtsspezifischen Rollenverteilung gelebt haben, der die Wirkungskreise von Mann und Frau scharf trennt. Der Mann widmet sich uneingeschränkt der Arbeit, das Unternehmen hat absolute Priorität. Die Frau,

als seine Gehilfin, führt den Haushalt und trägt die Verantwortung für die Kindererziehung. Verglichen mit der breiten öffentlichen Präsenz des Mannes, führt sie ein gesellschaftliches Schattendasein.

Die zweite wichtige Komponente der japanischen Gesellschaft ist, wie erwähnt, das Fehlen von eigentlichen Klassenunterschieden. Mit der Niederlage von 1945 ist die oberste Gesellschaftsschicht, bestehend aus der alten Aristokratie und den feudalen Grossgrundbesitzern, verschwunden. Auch gibt es im heutigen Japan keinen eigentlichen «Jetset». Die Verhältnisse sind dank der gesellschaftlichen Umstrukturierung sehr ausgeglichen: 80 Prozent der Bevölkerung zählen sich zur Mittelklasse, 70 Prozent betrachten ihre Lebensbedingungen als zufriedenstellend.

Die Wertreform, die sich seit 1945 im Bewusstsein der Japaner vollzieht, lässt sich an zwei stark voneinander divergierenden Generationen veranschaulichen: Zur älteren Generation zählen alle Männer über fünfzig Jahre, diejenigen also, die ihre Erziehung noch vor dem Kriege erhalten haben. Sie haben sich mit unermüdlichem Eifer für den Wiederaufbau Japans eingesetzt und sind für die heutige Prosperität ihres Staates verantwortlich. Den Mann dieser erfolgsbestrebten Generation prägt ein ausgesprochenes Gruppenbewusstsein. Da er in erster Linie die Interessen der Gemeinschaft verfolgt, strebt er keine individuelle Berufskarriere an, sondern stellt sich ganz in den Dienst eines Arbeitgebers. Mit den Männern am Arbeitsplatz teilt er seine Berufszeit und verbringt auch den grössten Teil seiner Freizeit mit ihnen, bei

Geselligkeit, Sport oder kulturellen Betätigungen.

Dies also ist das herkömmliche Bild des japanischen Gentlemans: Er ist ein Mann, der sich in Männergesellschaft zurückzieht, kaum Frauen in seinem Freundschaftskreis besitzt und gemäss den sozialen Normen Frau und Kindern geringe Bedeutung beimisst. Das trifft auf jene Männer zu, die hinter dem Aufbau des heutigen Japans stehen und die für das weltweite Image des arbeitssüchtigen Japaners verantwortlich sind. Sie bilden jenen Teil der Gesellschaft, der noch die traditionellen Werte verkörpert und sich demzufolge einem Umdenken am meisten widersetzt.

Dieser etablierten Generation steht die neuorientierte jüngere Generation gegenüber, aber auch die Frauen, die sich von den alten Autoritäten freigemacht haben, um neue Wege zu gehen. Dabei ist die grösste Veränderung bei den Frauen zu beobachten. Nach dem langen Schattendasein während der dreihundertjährigen Feudalherrschaft haben sie in beachtlich kurzer Zeit zu einem neuen Selbstverständnis gefunden. Wenn auch vorerst nur unterschwellig, bilden doch sie die treibende Kraft, die im Begriffe ist, die männliche Hierarchie mit dem Kaiser als Symbol an der Spitze aus den Angeln zu heben. Die heutige Kronprinzessin Michiko, die durch Schönheit und Witz besticht, versinnbildlicht diesen Wandel beispielhaft, indem sie eine weit grössere Popularität geniesst als der Kronprinz.

Das zentrale Bestreben der heutigen Frauen besteht darin, den von der Tradition streng festgelegten Mustern zu entfliehen. Die traditionelle Rolle verweist die Frau – wie erwähnt – in

den Wirkungskreis von Haus und Familie, wo sie alleine die Verantwortung trägt. Am Gesellschaftsleben des Mannes hat sie keinen Anteil. Der Mann seinerseits geht ausschliesslich seiner beruflichen Tätigkeit nach und verkehrt zu Hause mehr als Gast denn als wirkliches Familienmitglied.

Ursprünglich wurden der Frau, mit Ausnahme der Familienführung, alle Rechte abgesprochen. Sie besass weder ein Wahlrecht noch die Möglichkeit einer akademischen Bildung. Sie hatte auch keinen Anspruch auf Scheidung oder auf eigenen Vermögensbesitz. So erklärt sich, dass die Frauen in den letzten Jahren begonnen haben, einer wachsenden Unzufriedenheit über ihre gesellschaftliche Isolation Ausdruck zu geben und neue Ansprüche geltend zu machen. Allgemein wächst der Wunsch nach Bildung. Von den 70 Prozent Frauen, die an einer kürzlich eröffneten Erwachsenen-Universität aufgenommen wurden, sind zum Beispiel 15 Prozent Hausfrauen. Der Drang nach persönlicher Freiheit und wirtschaftlicher Unabhängigkeit veranlasst viele, ihr Heim zu verlassen, um sich ihr Leben von Grund auf neu zu gestalten. Dies gilt nicht nur für jüngere Frauen, die nach früher Heirat bereits mit fünfunddreissig Jahren wieder viel Zeit zur Verfügung haben, sondern ebenso für Frauen der älteren Generation, die sich durch die Neuorientierung der Jugend veranlasst sehen, ihre eigene Situation zu überprüfen. Als Folge ist eine Erhöhung der Scheidungsrate in den letzten dreissig Jahren von 0,7 pro tausend Personen auf 1,4 zu verzeichnen; in Amerika liegt die entsprechende Quote heute bei 4, in der Bundesrepublik bei 2. Ausserdem sagen in-

zwischen 64 Prozent aller Frauen nein zur bisherigen Rollenverteilung der Geschlechter; 20 Prozent, von denen die meisten in einem Arbeitsverhältnis stehen, treten für die Abschaffung des automatischen Namenswechsels bei der Heirat ein.

Die Frauen machen heute einen Drittel der Arbeitskräfte Japans aus. Es handelt sich dabei um 12 800 000 weibliche Berufstätige, von denen 55 Prozent verheiratet, 10 Prozent geschieden oder verwitwet sind. Vor dreissig Jahren belief sich das Total der arbeitenden Frauen auf 4 000 000, von denen nur 20 Prozent verheiratet waren.

Da heute in der ganzen Bevölkerung ein guter Bildungsgrad erreicht ist, kommt zu der bedeutenden zahlenmässigen Präsenz der Frau ihr hohes qualitatives Niveau hinzu. Dieses Potential wird jedoch nur ungenügend ausgenutzt, denn mangels einer gesetzlichen Regelung für gleichberechtigte Arbeitsverhältnisse von Mann und Frau sind die Frauen immer noch benachteiligt bezüglich Arbeitsangebot und Lohn. In ihrer unveränderten Vormachtstellung setzen die Männer der Selbstbehauptung der Frau massiven Widerstand entgegen: Selbst im Besitze aller gesellschaftlichen Schlüsselpositionen, versperren sie den Frauen den Weg zu verantwortungsvolleren Posten und Kaderfunktionen.

Es ist zwar keineswegs so, dass die Frauen nicht mitstreiten dürften – allerdings nur auf den Unterseebooten und nicht auf dem grossen «Gesellschaftsdampfer Japan». Folgende weitere Ziffern sollen dieses Bild veranschaulichen: Die Frauen stellen knappe 3,3 Prozent der Parlamentsmitglieder, während sie im Kabinett

überhaupt nicht vertreten sind. Die Richterinnen beschränken sich auf 2,6 Prozent, die Rechtsanwältinnen auf 3,6 Prozent; 56 Prozent der Grundschullehrer sind Frauen; an den Hochschulen sind es 8 Prozent. Im Geschäftsleben ist die Lage nicht anders. Da der Frau nur eine untergeordnete Stellung im Sinne der Assistenz zuerkannt wird, endet ihre Karriere in einem Unternehmen im besten Fall beim Posten der Chefbuchhalterin. Noch extremer ist die Situation in den Medien, wo lediglich 0,8 Prozent Frauen zu finden sind. Organe wie die sechs grössten Zeitungen des Landes mit einer Auflage von 23 Millionen sind völlig von Männern redigiert.

Da eine natürliche Integration der modernen Frau im bestehenden System bisher nicht erfolgt ist, hat sie nach Auswegen im Kulturleben gesucht. Hier gibt es vielfältige Möglichkeiten der individuellen Profilierung und der sozialen Selbstbehauptung, so in der literarischen Tätigkeit, auch im Verlagswesen. Grundsätzlich handelt es sich darum, durch Diskussion neuer, aktueller Themen Lücken in der Kulturszene auszunützen. So hat sich eine eigentliche Gegenkultur herangebildet, an der auch ein grosser Teil der Jugend teilnimmt. Deren Kritik richtet sich inzwischen auch gegen die Massenmedien und deren Anspruch auf Allgemeingültigkeit, was zu einer eigenen, interessengemässeren «Mini-Kommunikation» geführt hat.

Im Zuge dieser Gegenbewegung nehmen Comic-Strips einen wichtigen Platz ein. Seit ihrer Entwicklung im Nachkriegs-Japan haben sie immer stärkere Verbreitung gefunden und stellen heute mit einem Sechstel vom Total der jährlichen Publikationen die

wohl grösste Möglichkeit der Einflussnahme dar. Subtil ausgedachte Geschichten und guter intellektueller Gehalt garantieren diesem Genre ein breites Publikum. Im Unterschied zur europäischen Tradition spielen die Comics in Japan die Rolle einer soziokulturellen Opposition. Die starke Resonanz gerade unter jungen Leuten beweist die vorhandene Bereitschaft für neue Wertmassstäbe. Diese Möglichkeit der Einflussnahme machen sich die Frauen zunutzen. Immer mehr Frauen betätigen sich in der Comics-Produktion. Allgemein kann man heute feststellen, dass dort, wo es sich um neue Magazine oder speziell jugendorientierte Zeitschriften handelt, die Frauen in grosser Zahl und in allen Positionen zu finden sind. Bei Frauenzeitschriften kann der Personalstab sogar ausschliesslich aus Frauen zusammengesetzt sein.

Die neue Lebensauffassung der Frau wird von den meisten Männern der jüngeren Generation geteilt und gefördert. Sie wenden sich von den Arbeitsidealen ihrer Väter ab und suchen eine Lebensform, die mehr Raum für Familie und Freizeit lässt. In der Ehe tritt an die Stelle der Unterordnung die Partnerschaft. Die Frau wird darin nicht mehr als Gehilfin, sondern als Kameradin verstanden. Familienplanung, Arbeitseinteilung, Budget werden gemeinsam beschlossen.

Im allgemeinen übernimmt die Frau überall dort erhöhte Verantwortung, wo ihr mehr Mitbestimmung gewährt wird. Nebst dem Versuch einer neuen Definierung der Rollen der Geschlechter kann man in Japan auch das Bedürfnis nach neuen Formen der Gemeinschaft beobachten. Immer

mehr junge Leute vertreten die Idee der freien Liebe, leben ungebunden zusammen und setzen die Bedingungen ihrer Beziehungen individuell fest. So kommt es auch in Japan bereits vor, dass die traditionellen Rollen ausgetauscht werden, indem der Mann den Haushalt führt und die Frau zur Arbeit geht.

Japan blickt heute auf einen turbulenten Abschnitt seiner Sozialgeschichte zurück, in dem die Frau im Mittelpunkt steht. Ihre intensive Suche nach einer neuen Identität hat die sozialen Grundstrukturen ins Wanken gebracht und im öffentlichen wie im privaten Leben die Notwendigkeit für zahlreiche Reformen begründet. Noch

ist diese Entwicklung nicht abgeschlossen, denn wie gesagt: zum grossen Schiff Japans hat die Frau bisher noch keinen Zulass gefunden. Aber mit ihrer wachsenden Autonomie und der Erschliessung weiter Gebiete der professionellen Tätigkeit sind die Weichen für eine vollständige Gleichberechtigung gestellt.

Der Durchbruch der Japanerin im öffentlichen und politischen Leben mag angesichts der so stark entgegengesetzten Tradition revolutionär erscheinen; in Wirklichkeit knüpft die moderne Japanerin damit jedoch nur an weit zurückliegende Zeiten an, in denen Japan noch von Kaiserinnen regiert wurde.

Tomoko Inukai

THEATERPAUSE

Überlegungen zwischen zwei Spielzeiten

Weitaus der grösste Teil der Gesellschaft, man weiss es, geht nicht ins Theater. Dennoch ist der Gedanke, wenn eines Morgens Schluss der Vorstellung wäre, würde niemand den Ausfall bemerken ausser denen, die damit unmittelbar zu tun hätten, Schauspieler, Bühnenbildner, Regisseure, zwar reizvoll, aber unwahrscheinlich. Unbemerkt, als ein sanftes Erlöschen, kann man sich das Sterben des Theaters nicht denken, obgleich einige behaupten, von Leben könne da oft kaum noch die Rede sein. Eine Truppe kann sich auflösen, eine Arbeit, die vielleicht über Jahrzehnte hin gute Ergebnisse gezeitigt hat, kann irgendeinmal beendet sein. Oder es

kann einem hochberühmten Institut von grosser Tradition eines Tages das Geld ausgehen wie dem *Old Vic*, so dass es seine Pforten wohl schliessen muss. Unbemerkt würde es nicht bleiben. Und vor allem: Das Instrument Theater wäre damit nicht verloren oder zerstört. Selbstdarstellung, Gegendarstellung, inszenierte Visionen vor allem, Weltmodelle, die uns begreifen lassen, was in der Wirklichkeit dem Zugriff entgleitet, sind herstellbar und werden gebraucht. Aller Voraussicht nach wird darum auch in Zukunft Theater gespielt werden, mit Pannen und Krisen, mit Intrigen und Klatsch, wo es zur festen Institution geworden ist, aber immer auch mit der Chance, dass

die Schauspieler und die Zuschauer den Schritt gemeinsam machen auf die Ebene des Spiels, der offenen Möglichkeiten, der Gestaltungen und Entscheidungen. Nicht die Weiterexistenz des Theaters ist das Problem. Das Problem ist vielmehr, welchen Sinn sie denn habe, ob dem Theater eine Funktion im öffentlichen Leben zukomme und wodurch es sie rechtfertigen könnte. Einige sehen in ihm heute eine antiquierte, erstarrte Institution, eine Art Brauchtum geradezu, dem keinerlei lebendige Gegenwart innewohne. Doch trifft andererseits auch zu, dass die zahlreichen revolutionären Versuche der sechziger und siebziger Jahre, die das Theater neu zu beleben vorhatten, einer nach dem andern zurückgesunken sind und mit sich selber Mühe haben. Was davon fortbesteht, ist so verschieden nicht von dem, was durch sie hätte ersetzt werden sollen. Die Schlagworte, die das Phänomen dieses Rückzugs begleiten, machen indessen nur einen Wandel deutlich, der vom Wesentlichen ablenkt: Von der Politik zum Privaten, heisst es da etwa, als ob es darauf ankäme, oder: Von der Bühne als Tribüne gesellschaftlicher Agitation zur Bühne als Beichtstuhl individueller Offenbarungen, oder: Von der Utopie zur Resignation. Keine dieser Formeln ausser vielleicht der letzten sagt etwas darüber aus, ob das Theater lebendig oder leer sei. Den institutionalisierten Leerlauf gibt es auch in der Revolte, wenn sie Theater geworden ist, und hier wie dort gibt es Popanzen und heilige Kühe. Ob politisch oder privat, Tribüne oder Beichtstuhl meinetwegen, die Frage ist nur, ob das Spiel auf der Bühne Schauspieler und Zuschauer zu Übungen im Gebrauch der

Freiheit anleite, im Blick auf das Weltmodell des Theaters zunächst und dann auch im Blick auf die Welt, auf die es sich bezieht. Vielleicht sind die Chancen dafür heute um nichts schlechter als vor zehn Jahren, im Gegenteil. Gute, hervorragende Schauspieler gibt es für jedes Rollenfach, künstlerisch originelle Individualitäten auch bei den Regisseuren. Es gibt Bühnenbildner, die mit den unerschöpflichen Möglichkeiten der Bühne umzugehen wissen und Spielräume erfinden, wie sie das Theater braucht. Das Instrument ist gestimmt, die Interpreten warten auf das Zeichen. Wie steht es mit den Partituren?

Erste Feststellung: *Die Klassiker* dominieren. Natürlich fehlen die dramatischen Neuheiten auf dem Theater der Gegenwart nicht, Versuche mit Aktualität, mit der Thematik des Tages. Es gibt Reisser, aber die verbrauchen sich. Und der Blick auf die Spielpläne deutscher Sprechbühnen zeigt, dass eher schon Brecht, Fleisser, Beckett, Gombrowicz, eher schon Shaw, in der vergangenen Spielzeit auch Dürrenmatt und Frisch gespielt werden, wenn Zeitgenössisches auf dem Programm steht. Nun gut, Thomas Bernhard, ungeheuer produktiv auch für das Theater, ist mittlerweile eine etablierte Spezialität für Kenner geworden. Ich könnte mir denken und möchte wünschen, dass seine Komödien über den Kreis um Peymann und Minetti hinaus als Spiel verstanden und aufgegriffen würden, das die unheimliche, unerbittliche und absolute Musik unserer Zeit zum Gegenstand hat. Zeitstücke dürfen im übrigen nicht fehlen. Man greift zu, wenn irgendwo randalierende Jugend, Rasendiskriminierung oder weibliche

Selbstverwirklichung szenisch halbwegs realisierbar scheinen. Meist erweist sich dann zwar das Thema als stärker, der dramatische Zugriff als schwach. «*Der Ruf über den Fluss*» von Stephen Poliakoff, den das Schauspielhaus Zürich im Keller als deutschsprachige Erstaufführung gebracht hat, ist ein Beispiel. Um ein Thema zur Diskussion zu stellen, muss man ja nicht Theater spielen. Ein Glücksfall, dass es immerhin Botho Strauss gibt. Man findet sonst so bald nicht, was über die blosser Aktualität hinaus von menschlichem und künstlerischem Interesse wäre und was – vor allem – ins szenische Spiel umsetzt, wie erfahrene Wirklichkeit unbefangen gesehen werden könnte. Die öffentliche Funktion des Theaters ist nicht durch diese oder jene Aussage, nicht durch die von vornherein wirkungslosen Versuche zur Indoktrination gegeben, sondern durch das Angebot, Gedanken und Gefühle, Konflikte, Ängste und die vielfältigen Bedrohungen, denen der Mensch als einzelner und als einer unter vielen ausgesetzt ist, im überblickbaren, überdenkbaren Spiel herauszustellen.

Vielleicht beherrschen die Klassiker eben darum die Spielpläne, weil sie der Phantasie Raum geben. «*Maria Stuart*», «*Wallenstein*», «*Fiesco*» sogar und nicht nur in Zürich, ferner «*Macbeth*», «*Viel Lärm um nichts*» und «*Was ihr wollt*» bewährten sich in höchst verschiedenartigen Interpretationen. «*Der Diener zweier Herren*», «*Der Geizige*», natürlich auch «*Tartuffe*», «*Nathan der Weise*» auf mehr als einer Bühne, «*Emilia Galotti*» und von Goethe sowohl der «*Tasso*» wie die «*Iphigenie*» haben sich, im Jargon

der Börse gesprochen, gut gehalten. Dass sich das Neue auf dem Theater mit Vorliebe an den grossen Werken der Vergangenheit erprobt, ist eine alte Erfahrung. Man müsste in jedem einzelnen Fall untersuchen, was sich da verändert hat. Es war zum Beispiel lehrreich und anregend, den «*Tasso*» des *Deutschen Theaters Berlin/DDR*, Inszenierung Friedo Solter, im Rahmen der Juni-Festwochen nun auch in Zürich zu sehen, auf der gleichen Bühne, auf der vor einem Jahrzehnt der «*Tasso*» in der Regie von Peter Stein zu sehen war: damals die Kritik des Dichters und der Schauspieler an der Gesellschaft, die sich Kunst zum Zeitvertreib und zum höheren Vergnügen leistet und den Künstler unterdrückt, wenn er unziemliche Wünsche haben sollte. Jetzt – und in der DDR – die Kritik der Gesellschaft, vertreten durch den Musenhof von Ferrara, am Dichter, der sich in selbstquälerischer Einsamkeit und in exzentrischen Verstiegenheiten von der Gemeinschaft der Menschen entfernt. Schwierigkeiten hatten die Schauspieler und ihr Regisseur in der DDR zwar damit, dass die feudale Gesellschaft in ihrer Inszenierung so positiv gezeichnet ist; aber andererseits ist natürlich nicht ohne Aktualitäts- und Realitätsbezug, wie sich der Landesvater und der Staatsmann pädagogisch um den verirrtten Träumer bemühen. Weder diese Deutung noch die Interpretation, die Peter Stein dem Schauspiel gab, ist freilich das, was Goethe im «*Tasso*» auf eine Weise gestaltet hat, die über zweihundert Jahre hinweg im Spiel erfahrbar macht, was manchen Zeitgenossen kritischer, unbequemer und aufsässiger Schriftsteller manchmal ärgert: «*die Disproportion des Talents mit dem*

Leben», wie Caroline Herder an ihren Mann geschrieben hat.

*

Kurz vor Ausbruch der längere Zeit schon schwelenden Konflikte, die jetzt zum Abbruch des Versuchs und zur Wahl eines neuen Direktors geführt haben, hat das Ensemble des *Frankfurter Schauspiels* in einer umfangreichen Publikation Photos, Plakate, Protokolle und Arbeitspapiere vorgelegt, die das Besondere der Frankfurter Arbeit in der Ära der vertraglich festgelegten Mitbestimmung belegen sollen. «*War das was?*» Der Titel könnte über jeder Betrachtung vergangener Theaterereignisse stehen, aber im erwähnten Buch geht es eigentlich mehr um die Dokumentation der Produktionsprozesse. Der Leser, der die ungeheure Masse von Diskussionsstoff, die endlose Wiederholung von Ansichten und Gegenansichten nicht scheut, kann sich hier über die Arbeitsatmosphäre und über die persönlichen Vorstellungen und Forderungen der Schauspieler und Regisseure informieren. Den Briefen und Tonbandaufzeichnungen, auch den Auszügen aus Tagebüchern, in denen sich Beteiligte nachträglich über ihre Erfahrungen Rechenschaft geben, vor allem aber den Protokollen und Berichten von Sitzungen und Vollversammlungen kann man entnehmen, wie umfassend man sich in Frankfurt um Selbsterfahrung und Selbstverwirklichung bemüht hat, wie nachhaltig die Schauspieler die Identifikation mit ihrem Beruf, die Mitgestaltung ihrer im Ensemble zu realisierenden Aufgabe gesucht haben. Aber es wird auch erschreckend deutlich sichtbar,

mit wieviel Reibungsverlusten, mit wieviel Sturheit und pingeliger Buchstabenklauberei da gestritten wurde. Energien, die auf der Probe und erst recht in der Vorstellung zum Spielen kommen müssten, sind da in stundenlangen Diskussionen verbraucht worden. Und was die Ergebnisse dieser Arbeit im ganzen betrifft, so sind wir, nachdem die Ära des Frankfurter Modells nun offenbar abgeschlossen ist, auf die Kritiken verwiesen, von denen der Band immerhin eine Auswahl ebenfalls vorlegt.

Es ist ihnen, alles in allem genommen, nicht zu entnehmen, in Frankfurt habe Ausserordentliches stattgefunden, obgleich man sagen darf, der mit grosser Konsequenz durchgeführte Versuch mit der Mitbestimmung habe lange Zeit besonderes Interesse und teilweise auch besonderen Goodwill bei der Kritik genossen. Hingegen wird etwas anderes bei Durchsicht der schriftlich niedergelegten Reaktionen fachkundiger Theaterbesucher deutlich erkennbar. Mindestens in der Tendenz nämlich zeichnet sich ab, dass das Theater, das sich hier mehr als anderswo auf sich selbst besann, seinem Publikum Schwierigkeiten machte und in einzelnen Fällen sich sogar von ihm entfernte. Nun sind Entwicklungen, Innovationen, Vorstösse durch erstarrte Konventionen hindurch zur lebendigen Wahrheit auch auf dem Theater nicht immer ohne Provokationen oder doch Zwierspältigkeiten in der Wirkung möglich, und die Kritik ist gut beraten, wenn sie ihrerseits nicht bei dem stehen bleibt, was alle zu kennen und zu wissen meinen. So ist da etwa zu lesen, Peter Palitzsch gelinge in seiner Inszenierung des «*Lear*» von Edward Bond

«die künstlerische Rechtfertigung der Zumutungen, die sie an das Publikum stelle». In anderem Zusammenhang stösst man auf die Kritikerfrage: «Darf Theater so gut sein, dass es sich dem grössten Teil des Publikums verschliesst? Und: Ist es, wenn es das tut, überhaupt gut?» Günther Rühle, der diese Fragen stellt, verneint sie ganz klar und macht dennoch den Versuch, die hohe Qualität der Inszenierung zu loben, auf die sie sich beziehen. Zu meinen, der Widerstand, auf den Theaterarbeit aus innerer Konsequenz stossen kann, sei ein untrügliches Zeichen dafür, dass sie gescheitert sei, wäre ein folgenschweres Missverständnis. Was im Publikum besonders leicht und gut ankommt, ist auch nicht allein deswegen schon gut. Die Spannung, der Antagonismus zwischen den Theatermachern und den Zuschauern will jedoch beachtet sein.

Mitbestimmung auf dem Theater: Wo es sie gar nicht gibt, müsste man sie einführen. Wo es sie gibt, und erst noch verbrieft, muss man befürchten, sie nehme sich wichtiger als das, was die Zuschauer mit gutem Recht von ihrem Theater erwarten. In Frankfurt bestand ein Papier, das nur «zum Zwecke der Verbesserung der Mitbestimmung» kündbar gewesen wäre. So pflegt man sich zwar gegen «Konterrevolution» abzusichern, aber so verhindert man auch Entwicklungen, die aus der Erfahrung heraus notwendig werden. Adolf Dresen, dessen Berufung zum neuen Direktor des Frankfurter Schauspiels nun auch von der Ensemble-Versammlung gebilligt worden ist, hat das Mitbestimmungs-Statut «vorübergehend» aufgehoben.

*

Auch im *Schauspielhaus Zürich* nahmen die Klassiker in der abgeschlossenen Spielzeit einen gewichtigen Platz ein, und im Spielplan 1981/82 wird sich daran nichts ändern. Die Leitung der Bühne folgt damit einer Tradition, und sie folgt – wie der Vergleich mit andern deutschsprachigen Theatern zeigt – einer allgemeinen Linie. Am diesjährigen Berliner Theatertreffen erschien die vergangene Spielzeit einem Kritiker als die «*Saison der gründlich untersuchten Klassiker*», womit wohl gesagt werden soll, weniger als auch schon sei es da um Demontage und «Ausschlachtung» gegangen, weit mehr um eine Neuaneignung des Ererbten. Aber wenn denn also Zürich diesem Trend zur Präsenz der Klassiker im Spielplan folgt, so kann hier – im Blick auf die Inszenierungen, die ihnen zuteilgeworden sind – kaum schon von Grundzügen in der Zielsetzung gesprochen werden. Bei aller Offenheit, bei aller Toleranz künstlerischen Freiheiten gegenüber sind so ungeheure Gegensätze im interpretatorischen Umgang mit Bühnenwerken, wie sie durch Ponnelles Inszenierung des «*Tartuffe*» und Hollmanns Arbeit am «*Fiesco*» gegeben sind, kaum noch als Theaterproduktionen ein und desselben Hauses zu begreifen. Im ersten Fall handelt es sich um eine auf Publikumswirkung à tout prix ausgerichtete, verschwenderisch ausgestattete und opernhafte Theatereffekte nicht scheuende Veranstaltung, die sich um das zu interpretierende Werk vorwiegend im Hinblick auf die prächtigen Arrangements kümmert, die sich daraus machen lassen. Das kommt zwar an, das hat Freunde und Bewunderer und ist natürlich höchst gekonnt und raffiniert

gefertigt. Perfektion kann man der Arbeit nicht absprechen, auch was die Leistung der Schauspieler betrifft. Im zweiten Fall haben wir es mit einer kühnen, aber streng aus dem unausgegorenen und ehrgeizigen Putsch-Drama des jungen Schiller entwickelten Deutung zu tun. Hans Hollmann versteigt sich dabei in Gewalttätigkeiten, zieht von einem in den Grundzügen interessanten Interpretationsansatz her Konsequenzen, die überanstrengt wirken, und gibt Einfällen nach, die so strapazierbar gar nicht sind. Aber mit einem Verfechter strenger Logik (oder starrer Linie?) kann man kaum rechten. Und dem, was im Umgang mit Klassikern anzustreben wäre, steht er immer noch näher als Ponnelle, der schon aus dem *«Don Juan»* und nun aus dem *«Tartuffe»* einfach *«Theater»* macht und schon gar nicht nach dem sucht, was heutige Zuschauer dieser zu ihrer Zeit sehr umstrittenen und angefeindeten Komödien unmittelbar betreffen müsste. Ich bin der Meinung, die künstlerische Leitung des Schauspielhauses sollte sich entscheiden. Der Sinn der dominierenden Präsenz der Klassiker auf dem Spielplan eines Theaterinstituts, das mehr sein will als eine Stätte leichter oder prunkvoller Unterhaltung, kann doch im Grunde allein der sein, dass man in der Interpretation exakt und phantasievoll zugleich ist, gebunden an das, was überliefert ist, auch an die historischen Bedingtheiten, für die es vergleichbare Konstellationen in der Gegenwart gibt, aber frei in der Methode, es lebendig darzustellen, der *«kulturellen Entfremdung»* entrissen. Auch die zwei anderen Beispiele der vergangenen Spielzeit, *«Nathan der Weise»* (Klingenberg) und *«Was ihr*

wollt» (Heinz), sind in vergleichbarer Art – wenn auch weniger extrem – Ausdruck unvereinbarer Methoden der Inszenierung. Ganz so harmlos ist der *«Nathan»* nicht, wie es da scheinen mochte. Ich meine, bei aller Pluralität, bei aller Toleranz gegenüber künstlerischen Individualitäten und inszenatorischer Eigenwilligkeit müsste immer klar sein, was der Präsenz der Klassiker Sinn gibt: das nämlich, was sie für uns zu einem Quell überraschender und hilfreicher Erfahrung macht. Sich auf ihre Kosten ein solennes Entertainment zu leisten, ist weder für das Publikum noch für das Ensemble gut. Hier, so wäre zu hoffen, müsste die künstlerische Leitung auf Grundsätzen der Theaterarbeit an diesem Hause bestehen.

Aber würde sie dafür von ihrem Publikum auch honoriert? Aus den Statistiken über die Besucherfrequenzen seit Januar 1978 geht klar hervor, dass die beliebtesten Klassiker – von Ausnahmen wie Dürrenmatts *«Romulus»* einmal abgesehen – die höchsten Aufführungszahlen, den grössten Publikumszuspruch und auch die grösste durchschnittliche Frequenz pro Abend erreichen. Da führt *«Nathan der Weise»*, nicht überraschend, die Liste an, es folgen *«Wilhelm Tell»*, der *«Candide»* (in der Inszenierung von Guicciardini), *«Der zerbrochene Krug»*, den Werner Düggelin seinerzeit in einer denkwürdig-exakten Aufführung realisiert hat. Zwar figurieren die aufwendig-gefälligen Molière-Inszenierungen von Jean-Pierre Ponnelle ebenfalls weit oben auf der *«Rangliste»*, weil sie mehr Beifall ausgelöst und mehr Zuschauer angelockt haben als die Klassiker-Produktionen, für die Hans Hollmann oder Gerd Heinz als

Regisseure verantwortlich zeichnen. Da ist das Dilemma buchhalterisch aktenkundig geworden. Wer Theater macht, muss wissen, dass Experimente weniger zugkräftig sind als das, was immer schon als gut und schön bekannt und berühmt gewesen ist. Aber die Erkenntnis sollte nicht dazu verleiten, das Schöne noch ein wenig «schöner» zu machen und dabei aus den Augen zu verlieren, worauf es gründet und worin es mehr als nur schön, nämlich Leben, Erfahrung, kein Genussmittel eben, sondern Nahrung ist. Appetitlich und schmackhaft mag sie wohl sein. Des Zuckergusses bedarf sie jedoch nicht, dem Publikum wäre er auf die Dauer schädlich.

In der kommenden Spielzeit wird der Schiller-Zyklus mit «*Don Carlos*» fortgesetzt, von Molière wird «*Der Hypochonder*» gezeigt werden (eine Komödie, die Ponnelles Neigung zu Schnörkeln und Effekten eher entgegenkommt als «*Tartuffe*» und «*Don Juan*»), von Shakespeare steht «*Antoni und Cleopatra*» auf dem Spielplan. Besonders hervorzuheben ist die Absicht, die «*Medea*» von Euripides aufzuführen, nachdem offenbar der Versuch mit «*Elektra*» im «Keller» positiv ausgefallen ist. Luca Ronconi wird die Tragödie auf der grossen Bühne inszenieren und dazu im «Keller» zwei flankierende Produktionen übernehmen, «Monologe mit Schauspielern» genannt, die reflektieren und kommentieren, was die Handlung vorführt. Hier ist die Chance gegeben, einen Klassiker im Spiel und in ernst-

hafter Auseinandersetzung zu untersuchen. Nimmt man Tschechow («*Kirschgarten*»), Ibsen («*Gespenster*») und vielleicht auch O'Casey («*Juno und der Pfau*») hinzu, dann kann man ermessen, welche anspruchsvollen Aufgaben sich das Schauspielhaus stellt: Uraufführungen und Erstaufführungen in der Schweiz kommen hinzu, vor allem die Uraufführung eines Stücks des jungen Thomas Hürlimann, «*Grossvater und Halbbruder*», das aus der Perspektive des Enkels Probleme und Heimsuchungen der Kriegszeit aus der Vergangenheit heraufholt.

Zwischen dem Gefälligen und dem Schwierigen, dem Eingängigen und dem Anstössigen ist Theaterarbeit im Zwiespalt. Das Publikum zu verachten oder es zu beschimpfen, führt erfahrungsgemäss zu nichts; ihm liebedienerisch zu Willen zu sein, ist Verrat am künstlerischen Auftrag. Die Spannung, die nicht aus der Welt zu schaffen ist, wird fruchtbar, wenn einerseits die Theatermacher ihrem Auftrag treu bleiben und keine Kompromisse machen, aber dem Publikum auch verständlich zu machen suchen, warum sie den schwierigeren Weg gegangen sind, und wenn andererseits die Zuschauer, im Vertrauen auf diese partnerschaftliche Haltung der Theatermacher, das unterhaltsame Abenteuer nicht scheuen, auf Methoden und Formen der Darstellung einzugehen, die sie erst kennen lernen müssen.

Anton Krättli